

N i e d e r s c h r i f t

**der 46. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 17.09.2008**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	OB	
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	Vertreter für Herrn Bernhard Bönisch
Frau Isa Weiß	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Herr Michael Zeidler	SPD	Vertreter für Frau Gertrud Ewert
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Vertreter für Herrn Gottfried Koehn
Herr Johannes Krause	SPD	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Frau Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreterin für Frau Thea Ilse
Herr Tom Wolter	MitBürger	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Wolfram Neumann	BG	
Herr Steffen Drenkelfuß	Verw	
Herr Thomas Willecke	Verw	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw	
Frau Dorit Schmidt	Verw	
Frau Kerstin Godenrath	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Frau Thea Ilse	WIR.FÜR HALLE.
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG
Frau Annemarie Kraft	Verw

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 46. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von Frau Oberbürgermeisterin Szabados eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, folgende Tagesordnungspunkte abzusetzen:

- TOP 5.3. Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zur Benchmarkinguntersuchung der Bereiche Personalverwaltung und Bezügeverwaltung in ausgewählten Kommunen durch den Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: IV/2008/07349
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.4. Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: IV/2008/07293
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.5. Vereinbarung über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Göttingen und Halle
Vorlage: IV/2008/07371
Hauptausschuss hatte keinen Beratungsbedarf
- TOP 5.8. Leitbild zur Umgestaltung der Peißnitz
Vorlage: IV/2008/06988
von Verwaltung zurückgezogen

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.08.2008
4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Wahl der/des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung
Vorlage: IV/2008/07438
 - 5.2. Satzung der Saalesparkasse
Vorlage: IV/2008/07444
 - 5.3. *Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zur Benchmarkinguntersuchung der Bereiche Personalverwaltung und Bezügeverwaltung in ausgewählten Kommunen durch den Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt*
Vorlage: IV/2008/07349 *abgesetzt*
 - 5.4. *Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle*
Vorlage: IV/2008/07293 *abgesetzt*
 - 5.5. *Vereinbarung über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Göttingen und Halle*
Vorlage: IV/2008/07371 *abgesetzt*
 - 5.6. Vorbereitung einer Städtepartnerschaft der Stadt Halle (Saale) (Bundesrepublik Deutschland) und der Stadt Jiaxing (VR China)
Vorlage: IV/2008/07282
 - 5.7. Teilnahme des Vorsitzenden des Stadtrates an den Feierlichkeiten anlässlich des 40jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft zwischen Halle und Oulu vom 08. bis 12.12.2008 in unserer Partnerstadt Oulu (Finnland)
Vorlage: IV/2008/07369
 - 5.8. *Leitbild zur Umgestaltung der Peißnitz*
Vorlage: IV/2008/06988 *von Verwaltung zurückgezogen*
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.1. Fortschreibung der Städtepartnerschaftsaktivitäten
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.08.2008

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 20.08.2008.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 20.08.2008 in der vorliegenden Fassung.

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verlas den in nicht öffentlicher Sitzung vom 20.08.2008 gefassten Beschluss:

TOP 3.2 Außertariflicher Anstellungsvertrag Vorlage: IV/2008/07383

Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt dem Abschluss eines außertariflichen Anstellungsvertrages mit den nachfolgend genannten Eckpunkten zu:

- Es wird eine Vergütung analog E 15Ü Entgeltstufe 6 TVöD gezahlt.
- Es gelten die Vorschriften des TVöD mit Ausnahme der Vorschriften über das Leistungsentgelt nach § 18 TVöD.
- Es wird eine leistungsorientierte Bezahlung nach dem bei der Stadt eingeführten Zielvereinbarungssystem analog dem TVöD vereinbart.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Wahl der/des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung Vorlage: IV/2008/07438

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat wählt n.n. zur/zum Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung.

**zu 5.2 Satzung der Saalesparkasse
Vorlage: IV/2008/07444**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. **Der Beschluss – Satzung der Saalesparkasse – Vorlage-Nr.: IV/2008/07215 vom 28.05.2008 wird aufgehoben.**
2. **Der Satzung der Saalesparkasse in der beiliegenden Fassung (Anlage) wird zugestimmt.**

**zu 5.6 Vorbereitung einer Städtepartnerschaft der Stadt Halle (Saale)
 (Bundesrepublik Deutschland) und der Stadt Jiaxing (VR China)
Vorlage: IV/2008/07282**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte eingangs, dass der jetzige Beschluss dazu dient, autorisiert in die Vorbereitungen für die Städtepartnerschaft gehen zu können. Wenn der Städtepartnerschaftsvertrag ausgehandelt ist, werde dieser dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt, um dann die offizielle Partnerschaft zu besiegeln.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sprach sich gegen die Städtepartnerschaft aus. Viele Menschen in China werden unterdrückt und eingesperrt, es werden jährlich mehr als 1 000 Todesurteile vollstreckt. Dort gebe es auch keinen gewählten Bürgermeister und keine gewählten Abgeordneten wie in Deutschland. Diese seien nichts weiter als Mitglieder eines staatlichen Unterdrückungssystems. Und deshalb bestünde zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht der geringste Anlass, mit solch einem Regime Beziehungen aufzunehmen. In der Stadt Halle gebe es genügend andere Probleme, man sollte sich jetzt nicht noch ein moralisches Problem aufbürden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
8 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stimmt der Städtepartnerschaft zwischen den Städten Halle (Saale) und Jiaxing zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Abschluss eines Städtepartnerschaftsvertrages zwischen Halle (Saale) und Jiaxing vorzubereiten mit dem Ziel, günstige kommunalpolitische Voraussetzungen für eine kontinuierliche und effektive Zusammenarbeit in den Bereichen Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus zu schaffen.
3. Der administrativ abgestimmte Städtepartnerschaftsvertrag wird dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

**zu 5.7 Teilnahme des Vorsitzenden des Stadtrates an den Feierlichkeiten anlässlich des 40jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft zwischen Halle und Oulu vom 08. bis 12.12.2008 in unserer Partnerstadt Oulu (Finnland)
Vorlage: IV/2008/07369**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss beschließt, dass der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Harald Bartl, anlässlich des 40jährigen Partnerschaftsjubiläums vom 08.12.2008 bis 12.12.2008 nach Oulu fährt.
2. Der Hauptausschuss beschließt, dass nach § 7 der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger die anfallenden Kosten von der Stadt Halle (Saale) übernommen werden.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Fortschreibung der Städtepartnerschaftsaktivitäten**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Vorlage zur Bildung des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass in der Vorlage für die kommende Stadtratssitzung am 24. September 2008 zur Bildung des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle der Verwaltung ein Fehler unterlaufen ist. Der Aufsichtsrat werde nicht zum 01.10.2008 gebildet, sondern zum 01.01.2009, da man den Aufsichtsrat erst bilden könne, wenn die Betriebsüberleitung geregelt sei. Sie bat darum, den ersten Satz zu streichen.

Ihr ginge es darum, dass der Stadtrat bestimmt, welche städtischen Vertreter in diesem Aufsichtsrat mitwirken sollen. Es liegen noch nicht von allen Fraktionen Vorschläge vor - die noch fehlenden Namen werden nach den Fraktionssitzungen am kommenden Montag nachgereicht.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, fragte, ob dieses Gremium schon zwingend in den Aufsichtsrat mündet und welche verbindlichen Absprachen mit diesem ab dem 01.10.2008 getroffen werden können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erwiderte, dass keinerlei verbindliche Absprachen getroffen werden können, da dieses Gremium noch kein Aufsichtsrat ist. Es seien aber einige Dinge in der Vorbereitung zu klären und durch den Stadtrat wurde bereits ein Gründungsgeschäftsführer berufen. Es wäre eine übliche Verfahrensweise, dass sich der Gründungsgeschäftsführer in der Vorbereitung von Entscheidungen für den Stadtrat mit einem Gremium abstimmen kann. Ab 01.01.2009 werde das der Aufsichtsrat sein. Deshalb könne der Stadtrat jetzt auch die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat benennen, damit diese dann beratend die Vorbereitungen begleiten können. Ein weiterer Grund dafür wäre, dass sie Änderungen von Anstellungsverträgen nur bis zum Jahresende unterschreiben könne. Ab 01.01.2009 müsse der Geschäftsführer unterschreiben und dieser sei an die Voten des Aufsichtsrates gebunden.

Frau Dr. Bergner, Frau Weiß, CDU-Fraktion, sowie **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, stimmten überein, dass die Lenkungsgruppe, die auf der Basis eines Stadtratsbeschlusses zusammengesetzt worden ist, die zukünftige GmbH bis zur Gründung begleitet. Sie fragten, weshalb jetzt bereits städtische Vertreter gewählt werden sollen, obwohl die Lenkungsgruppe alle Aufgaben bis zum 31.12.2008 wahrnehmen soll.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass der Stadtrat jetzt die Vertreter benennen könnte. Es wären dann genau die Personen vom Stadtrat in dieses Gremium berufen, die anschließend auch im Aufsichtsrat sind. Die Lenkungsgruppe werde es auch weiterhin geben.

Frau Weiß, CDU-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass Frau Oberbürgermeisterin Szabados nicht festlegen könne, wer dann im Aufsichtsrat ist. Das könne zu jeder Zeit wieder neu festgelegt werden. Des Weiteren sei alles, was im Vorfeld stattfindet, rechtsunverbindlich.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte, dass es hier nicht um Rechtsverbindlichkeit gehe. Der Stadtrat legt fest, welche Personen im jeweiligen Aufsichtsrat vertreten sind. Nach Hare-Niemeyer hätten bei der GmbH-Gründung die Fraktionen von CDU, DIE LINKE., SPD, WIR.FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger sowie FDP + GRAUE + WG VS jeweils einen Sitz im Aufsichtsrat.

Diese Vertretung solle jetzt schon bestimmt werden, so dass bei Konstituierung des Aufsichtsrates - und insofern keine Änderung erfolgt - genau diese bestellten Personen dann im Aufsichtsrat sitzen. Es handele sich hier um ein „Vorbereitungsgremium“. Ein solches Verfahren sei außerdem nicht unüblich.

Zudem könne man neben der Lenkungsgruppe den Aufsichtsrat dazuladen - ggf. bestehen hier ja auch Personenidentitäten.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, hielt die Ausführungen und Begründung von Frau Oberbürgermeisterin Szabados für widersprüchlich. Einerseits wolle sie Entscheidungen treffen, die über die Vertragslaufzeit der jetzigen künstlerischen Leitung hinaus gehen, aber andererseits können mit dem Gremium keine rechtsverbindlichen Absprachen getroffen werden. Insofern könne sie keine Entscheidungen und Vertragsänderungen herbeiführen. Vertragspartner für die Intendanten sei der Stadtrat gewesen und ab 01.01.2009 wäre es dann die GmbH, falls es eine Personalüberleitung gibt. Wenn es Verträge dazu geben sollte, sei die Rechtsfähigkeit nur herzustellen, wenn im Hauptausschuss darüber gesprochen werde. Seines Erachtens könne nur der Hauptausschuss Änderungsverträge beschließen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte deutlich, dass auch der Hauptausschuss für fortführende Verträge nicht das zuständige Gremium sei. Im Gesellschaftsvertrag steht eindeutig, dass im Aufsichtsrat zu entscheiden ist. Für die zukünftigen Dinge werde sie die Lenkungsgruppe sowie die Personen einladen, die vom Stadtrat schon für den zukünftigen Aufsichtsrat bestimmt worden sind. Denn diese bestimmen dann später wie es weiter geht. Es sei zwar noch nichts Rechtsfähiges, aber andererseits müsse man Verhandlungen mit den Intendanten führen. Und deshalb versuche sie jetzt, einen Weg zu finden, dass die zukünftigen Entscheidungsträger in der Vorbereitung mit eingebunden werden. Das müsse ihr erlaubt werden.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, war der Auffassung, dass die bestehenden Verträge mit den Intendanten im Hauptausschuss vorberaten worden sind. Und wenn dort Veränderungen dieser Verträge in irgendeiner Form thematisch oder juristisch fest gemacht werden müssen, könne es nur der Hauptausschuss machen. In der Begründung zu der Vorlage sei aber dargestellt, dass Entscheidungen zu möglichen Verlängerungen bzw. Nichtverlängerungen der Verträge mit den jetzigen Intendanten ein Votum des Aufsichtsrates erfordern.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass die Begründung vielleicht etwas unverständlich ist. Die Überleitungsverträge betreffen außerdem nicht die außertariflichen Angestellten, wie z. B. die Intendanten.

Auszeichnung der Stadt Halle beim Familientag des Landes Sachsen-Anhalt

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, informierte über eine Auszeichnung der Stadt Halle beim Familientag des Landes Sachsen-Anhalt am 07.09.2008 in Zeitz. In der Kategorie der Städte über 20.000 Einwohner wurde die Stadt Halle nach Magdeburg und Naumburg mit einem 3. Platz und einem Preisgeld in Höhe von 1.000 € als familienfreundlichste Stadt bzw. Gemeinde ausgezeichnet. Das Preisgeld werde für entsprechende Projekte verwendet. Insgesamt hatten sich über 40 Städte und Gemeinden an diesem Wettbewerb beteiligt.

Besonders hervorgehoben wurden Spielplätze und Schulhöfe sowie die Kinderfreundlichkeitsprüfung. Weiterhin wurden hervorgehoben, dass der Kinder- und Jugendrat das Beteiligungsprojekt „Spielplatzdetektive“ für Kinder ins Leben gerufen hat, um Spielplätze in Halle zu bewerten sowie die Tatsache, dass Halle seit 2002 Kompetenzzentrum im bundesweiten Gesunde-Städte-Netzwerk ist.

Weitere Mitteilungen gab es nicht.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Thieme, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, fragte, inwieweit die Information richtig sei, dass in einer Berufsschule, die zu einem PPP-Projekt gehört, in der Nacht vom 13. zum 14. September randaliert und großer Schaden angerichtet wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sicherte eine Prüfung zu, da sie darüber noch keine Kenntnis erlangt habe.

Frau Weiß, CDU-Fraktion, fragte nach der Grundlage der Finanzierung zur Galerie am Domplatz (ehemals Marktschlösschen). In der Stadtratssitzung am 13.12.2006 wurde eine Förderung der Galerie für das Jahr 2007 beschlossen. Für das Jahr 2008 gibt es keinen Stadtratsbeschluss, die Finanzierung erfolgte zum Teil über die Sparkasse. In der letzten Sitzung des Kulturausschusses wurde festgelegt, dass die Mitglieder des Hauptausschusses bis zum 16.09.2008 darüber schriftlich informiert werden. Diese Information liegt nicht vor. Sie bat um eine mündliche Mitteilung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies diese Anfrage in den nicht öffentlichen Teil, da hier Belange Dritter betroffen sind. Von der schriftlichen Information zum heutigen Hauptausschuss war ihr nichts bekannt.

Herr Wolter, WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, fügte hinzu, dass diese Anfrage im öffentlichen Teil legitim sei. Immerhin wurden von der Verwaltung 25.000 € an die Galerie gezahlt, ohne dass der Kulturausschuss informiert bzw. ein Stadtratsbeschluss getroffen wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass die Auszahlung in Höhe von 25.000 € im Zusammenhang mit der Finanzierung der Saalesparkasse steht. Damit wären der Verein und Dritte betroffen und deshalb möchte sie diese Anfrage im nicht öffentlichen Teil beantworten.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, informierte über einen Zeitungsbericht in der MZ, dass aufgrund der städtischen Haushaltssperre in den Schulen Kreide fehlt und der Unterricht wegen fehlenden Schülerfahrkarten ausfallen musste.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados und **Herr Beigeordneter Dr. Marquardt** wiesen diese Vorwürfe ausdrücklich zurück.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass weder durch das Schulverwaltungsamt noch durch das Dezernat IV eine derartige Mitteilung veröffentlicht wurde. Diese wäre auch nicht wahr gewesen, da es keinen Unterrichtsausfall durch Verschulden der Verwaltung gegeben habe. Auch bei der Mittelfreigabe für z. B. fehlende Kreide oder Schülerfahrkarten gab es keine Verzögerungen, da solche Vorgänge bevorzugt behandelt werden.

Daraufhin bat **Frau Dr. Bergner** um Richtigstellung in der Presse.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados kündigte eine Stellungnahme im Amtsblatt dazu an.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass der „Arbeitskreis Armut“ am 17.10.2008 den Aktionstag gegen Kinderarmut auf dem Marktplatz durchführen wird. Sie fragte, ob es seitens der Verwaltung möglich sei, sich an dem Aktionstag zu beteiligen in Form von Veröffentlichungen von z. B. Statistiken, Zahlen und Fakten. Die Stadt könne aber auch aufzeigen, was sie bisher schon gegen Kinderarmut getan hat.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados hielt es für selbstverständlich, sich an einem solchen Aktionstag zu beteiligen. Sie bat den zuständigen Beigeordneten Herrn Dr. Marquardt, das Material zur Verfügung zu stellen und an dem Aktionstag teilzunehmen. Gleichzeitig bat sie darum, zukünftig den üblichen Verfahrensweg einzuhalten. Die Stadt Halle sei in dem Arbeitskreis vertreten, von daher sollte man zuerst an die städtischen Vertreter in dem Arbeitskreis herantreten und diese geben die Informationen an die zuständigen Beigeordneten weiter.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte bezüglich der am 13.09.2008 übergebenen PPP-Einrichtungen, inwieweit man auf Barrierefreiheit geachtet habe bzw. ob noch Nachbesserungsbedarf bestünde.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack entgegnete, dass alle 5 Einrichtungen, die am 13.09.2008 übergeben wurden, Bestandsschulen gewesen sind. Und bei Bestandsobjekten sei Barrierefreiheit nicht zwingende Voraussetzung für eine Baugenehmigung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte den Vorschlag, durch das Dezernat II prüfen zu lassen, inwieweit Barrierefreiheit bei den PPP-Einrichtungen besteht.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte nach dem Haushaltsdefizit in Höhe von 26,3 Mio. €.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, erwiderte, dass dazu bereits in der Hauptausschusssitzung am 20.08.2008 ausführlich informiert wurde. Das Haushaltsdefizit in Höhe von 26,3 Mio. € sei eine Prognose zum Jahresende 2008. Eine Sofortmaßnahme, die dem entgegen wirkt, ist die Haushaltssperre. Diese Entwicklung werde bei der Betrachtung und Einbringung des Haushaltes 2009 berücksichtigt.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf das Schreiben der Oberbürgermeisterin vom 09.09.2008 zur Rückzahlung von Kassenbeständen bei der Fraktionsfinanzierung.

Es entstand eine Diskussion darüber, ob die Verwaltung eine Verfügung erlassen kann, dass Überschüsse der Fraktionen am Ende des Jahres zurückgefordert werden. Es gebe einen Beschluss aus dem Jahr 2004 und gegen diesen könne die Verwaltung nicht verstoßen und somit die politische Arbeitsfähigkeit der Fraktionen einschränken.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stellte dar, dass der Eindruck entstehen könnte, die Fraktionen würden ihre Mittel nicht rechtmäßig verwenden. Er brachte zum Ausdruck, dass es sich hierbei lediglich um Überschüsse handelt, die auf das nächste Jahr übertragen wurden. Herr Krause erklärte im Namen seiner Fraktion, dass sie die Mittel ordnungsgemäß verwenden.

Frau Ilse, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, war der Meinung, dass die Verwaltung verpflichtet sei, die Gelder von den Fraktionen zurückzufordern, bei denen kein Nachweis für den Bedarf vorhanden ist.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass es sich bei dem Schreiben an die Fraktionen nicht um eine Verfügung handle. Sie nehme in der Betreffzeile lediglich Bezug auf die städtische Verfügung, die sich ausschließlich auf die Verwaltung, nicht auf die Fraktionen beziehe.

Durch die Rechnungsprüfung in den Fraktionen, so **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** weiter, ginge aus dem jetzt vorliegenden Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes hervor, dass Kassenbestände, die nicht mit Verwendungsnachweisen untersetzt sind bzw. nicht anderweitig zweckgebunden sind, dem städtischen Haushalt zurückzuführen sind. Es wurde festgestellt, dass die Kassenbestände in den Stadtratsfraktionen zum Jahresende 2006 bei 32.481 € und zum Jahresende 2007 bei 35.667 € lagen

Auch sie müsse sich an die Vorgaben des Rechnungsprüfungsamtes halten und danach ist aufgrund der fehlenden Verwendungszwecke eine Rückforderung aus rechtlichen Gründen notwendig. Und da sie auch von Überschüssen in den Fraktionen zum Jahresende 2008 ausgeht, habe sie in dem Schreiben lediglich einen Vorschlag gemacht, die Überschüsse nicht zurückzufordern, sondern mit der Fraktionsfinanzierung zu verrechnen. Damit würden die Fraktionen im Rahmen der Haushaltsdiskussion auch einen Beitrag leisten. Über diesen Vorschlag wollte sie in der heutigen Hauptausschusssitzung diskutieren und damit werde keinesfalls die politische Arbeitsfähigkeit der Fraktionen eingeschränkt.

Herr Beigeordneter Geier werde die Rückforderung der nicht mit Belegen untersetzten Kassenbestände in Absprache mit dem Rechnungsprüfungsamt veranlassen.

Weitere Anfragen gab es nicht.

zu 10 Anregungen

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., regte an, die Tür im Eingangsbereich des Stadthauses aufgrund der Geräusche zu ölen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass die Verwaltung der Sache bereits nachgegangen war und vorige Woche auch ein Monteur an der Tür gearbeitet habe. Da diese Geräusche beim Schließen der Tür immer noch auftreten, werde die Verwaltung dies über das ZGM nochmals in Auftrag geben.

Frau Thieme, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, informierte, dass die halleschen Bürger bzw. Touristen das Händelhaus besuchen wollen und dann vor verschlossenen Türen stehen.

Herr Geuther, CDU-Fraktion, fügte hinzu, dass im Eingangsbereich ein Hinweisschild angebracht sei, dass das Händelhaus bis nächstes Jahr geschlossen habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass ihres Erachtens nur die Ausstellung geschlossen hat, das Händelhaus an sich aber geöffnet habe.

Sie sagte eine Prüfung zu.

Weitere Anregungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die 46. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Kerstin Godenrath
stellv. Protokollführerin